

Eine Schule für alle - verschläft das schwedische Erfolgsmodell seinen Innovationsvorsprung?

von Peer Krümrey*

In einem Atemzug mit PISA Musterschüler Finnland fällt oft auch der Name Schwedens, wenn es in der innerdeutschen Diskussion um erfolgreiche und zukunftsgerichtete Bildungspolitik geht. Ein näherer Blick auf die Verhältnisse zeigt jedoch, dass diese Sichtweise recht unreflektiert ist und das schwedische Schulsystem inzwischen vor weit reichenden Herausforderungen steht. Bei unserem nordischen Nachbarn gibt es seit geraumer Zeit eine öffentliche Diskussion über den Reformbedarf an Schulen, die auch für die deutsche Debatte Anregungen enthalten dürfte.

In der aktuell veröffentlichten PISA-Studie des Jahres 2006 mit dem Schwerpunkt auf den Naturwissenschaften hält Schweden zwar sein Bildungsniveau der Vorjahre, verliert im Vergleich zu anderen Ländern aber an Boden. Abgesehen von der Lesefähigkeit, wo das Land weiterhin über dem OECD-Durchschnitt liegt, reihen sich die schwedischen Schüler nun im OECD-Durchschnitt ein und fallen damit unter anderem auch hinter die Ergebnisse der deutschen Altersgenossen zurück. Schon im Abschlussbericht der 2003er Untersuchung lag Schweden mit seinen Ergebnis-

sen zwar noch über denen des OECD Durchschnitts und damit besser als Deutschland, aber doch weit entfernt von den Resultaten der PISA-Spitzenreiter. Seit Beginn der internationalen Vergleichsuntersuchungen gehört Schweden damit zu den Verliererländern.

Im Gegensatz zur deutschen Debatte fand dieses Abschneiden in der Öffentlichkeit wie auch schon das im Jahr 2000 wenig Aufmerksamkeit. Dennoch war eine breite Unzufriedenheit mit dem gegenwärtigen schwedischen Schulsystem offenbar latent vorhanden, da das Thema im Wahl-

* Peer Krümrey, M.A. in Politikwissenschaften und Skandinavistik der Humboldt-Universität zu Berlin. Er arbeitete im Jahr 2007 als Honorarkraft im FES Büro für die Nordischen Länder in Stockholm.

kampf 2006 eine Rolle spielte. Der oppositionellen bürgerlichen Allianz war es gelungen, die sozialdemokratische Regierung mit ihrer Forderung nach klar formulierten Lernzielen, die durch entsprechende Leistungskontrollen vermehrt überprüft werden sollten, in die Enge zu treiben. Analog zum als passiv und verbraucht wahrgenommenen Ministerpräsidenten Göran Persson erhielt die sozialdemokratische Schulpolitik im Wahlkampf den Anstrich eines Anachronismus. Damit reihte sich das Thema Schulpolitik in die Liste der Punkte ein, die unmittelbar zur Abwahl der Regierung Persson geführt hatten. Dies erkannte auch die schwedische Arbeiterpartei (SAP) und bekannte in ihrer Nachwahlenanalyse offensiv, dass die Partei in Schulfragen ein Glaubwürdigkeitsproblem hat. Dementsprechend erklärte die in der Folge der Wahl-niederlage neu gewählte Parteivorsitzende Mona Sahlin expressis verbis die Schulpolitik zur Priorität. Genau genommen ist die Diagnose eines „Glaubwürdigkeitsproblems“ an und für sich ein Eingeständnis des Scheiterns der bisherigen Linie, wenn man sich vor Augen führt, dass die Partei in den letzten 20 Jahren nur drei Jahre nicht an der Macht war.

Die einheitliche Gemeinschaftsschule

Das interessante an den inner-schwedischen Auseinandersetzungen um die Schulpolitik ist, dass die Konfliktlinien auf anderen Feldern verlaufen als man dies aus deutscher Perspektive erwarten könnte. Die in der Bundesrepublik so umkämpfte Gemeinschafts- oder Gesamtschule existiert in Schweden bereits seit den frühen 60er Jahren und wurde allgemeinverbindlich 1972 als *grundskola* eingeführt. Damit war Schweden hier ein Vorreiter und wurde zum Vorbild innerhalb der nordischen Staaten. Die harten ideologisch gefärbten Auseinandersetzungen über dieses Thema sind längst Vergangenheit und heute akzeptieren sowohl Sozialdemokraten als auch die bürgerlichen Allianzparteien diese Schulform.

Schwedens Schulwesen ist somit weitgehend egalitär organisiert. Es gibt einen obligatorischen neunjährigen Schulbesuch für alle Schüler im Alter zwischen 7 und 16

Jahren. Das Gros der Schüler besucht so eine landesweit gleich organisierte Grundschulstufe.² Diese *grundskola* ist eine für alle Schüler kostenlose Ganztagschule, in der ein „Sitzen bleiben“ der Schüler nur in Ausnahmefällen und mit Zustimmung der Eltern geschehen darf. Stattdessen sollen die Schüler für den Fall eines Lernrückstands individuelle Förderung erhalten. Nach Abschluss der Grundschule besteht die Möglichkeit, auf ein Gymnasium zu wechseln, was im Schuljahr 2005/2006 97,6% der Schüler taten, die die Grundschule beendet hatten. Dieser Anteil entspricht dem der Vorjahre. Zwei Drittel der Gymnasiasten schließen die Gymnasialstufe nach den vorgeschriebenen drei Jahren erfolgreich ab und erwerben damit gleichzeitig ihre Hochschulreife. Das Gymnasium ist zweigleisig organisiert und bietet einen studienvorbereitenden und einen berufspraktischen Zug an, wobei im Rahmen beider Züge gegenwärtig 17 landesweite Kurs- bzw. Fächerkombinationen angeboten werden.

Problemfelder und Reformbedarf

Somit sind einige der wichtigen in Deutschland diskutierten Strukturansätze wie Ganztagschule, eingliedriges Schulsystem oder individualisierter Förderunterricht in Schweden umgesetzt worden. Dies allein führt allerdings auch nicht zu einem Spitzenplatz im Bildungsvergleich. In dem seit 1998 landesweit durchgeführten Vergleichstest in der neunten Klasse, wo die Fähigkeiten in Mathematik, Englisch und Schwedisch bzw. Schwedisch als Zweitsprache geprüft werden, steigt die Durchfallquote seit nunmehr 10 Jahren beständig. Dies war einer der Ansatzpunkte für die Angriffe der damaligen bürgerlichen Opposition im Wahlkampf 2006 auf die seinerzeit regierenden Sozialdemokraten. In ihrem Ende Oktober veröffentlichten Lagebericht für das Schuljahr 2006/2007 an die Regierung kommt die schwedische Schulbehörde *skolverket* zu dem Ergebnis, dass die generelle Entwicklung im schwedischen Ausbildungssystem, spe-

² Daneben gibt es auch in Schweden Sonder- und Spezialschulen sowie Schulen für die Samische Minderheit.

ziell der gymnasialen Stufe, negativ ist.³ Demnach erreichen nur 70% der Schüler des Gymnasiums ihren Abschluss nach den vorgesehenen 3 Jahren, was verglichen mit dem Anteil von fast 100% der Schüler, die von der Grundschule auf ein Gymnasium wechseln, als bedenklich eingestuft wird. Auch wenn man ein Jahr mehr Zeit lässt, mithin also ein Wiederholung- bzw. Unterbrechungsjahr einplant, steigt der Anteil lediglich auf 75%.

Aufgrund des egalitären Systems spielt eines der Hauptprobleme des deutschen Ausbildungssystems, nämlich die zu frühe Aufgliederung der Schülerschaft auf einen sie festlegenden Bildungsweg und die damit verbundene geringe Akademikerquote, in Schweden keine Rolle. Fast die Hälfte aller Schüler (43 %) beginnt innerhalb von drei Jahren nach Beendigung ihrer Schulzeit im Gymnasium mit einem Hochschulstudium (die Angabe bezieht sich auf 2002).

Sorgenkind Berufsbildung

Das Berufsbildungssystem für Nicht-Akademiker hingegen steht massiv in der Kritik. Hauptvorwurf des bürgerlichen Lagers an die lange Jahre verantwortlichen linken Parteien war, dass sie im Prinzip eine ideologie-gefärbte Klassenpolitik betrieben hätten, die an den Bedürfnissen der Gesellschaft, des Arbeitsmarktes, aber auch vieler Schüler vorbeigegangen sei. Die Berufsbildung erfolgte im Land bisher ausschließlich im Rahmen der Sekundarstufe der Gymnasien. Der Fokus sei hierbei, so der Vorwurf, viel zu sehr auf die akademische und egalitäre Ausbildung gelegt worden. Die Ausbildung sei zu theoretisch, ohne hinreichenden Praxisbezug, und die Kernfächer hätten in ihrer Zielsetzung akademisches Denken zur Maxime erhoben. Diese Politik habe zur hohen Anzahl von Schulabbrechern beigetragen und damit mittelbar auch zu der in Schweden hohen Jugend-arbeitslosigkeit geführt

Vor dem Hintergrund der Lissabonstrategie, die auch für berufliche Bildungspolitik die Ziele der größerer Gerechtigkeit, höherer Effizienz und Gewährleistung der Beschäftigungsfähigkeit formuliert, besteht für Schweden tatsächlich Handlungsbedarf. Die Arbeitslosenquote der unter 25jährigen liegt im Land zurzeit bei über 20% und damit deutlich höher als im europäischen Durchschnitt und auch höher als in Deutschland (15%). Und sie steigt kontinuierlich seit 1995. Diese Situation wird zusätzlich dadurch verschärft, dass es einen vergleichsweise hohen Anteil von Schülern gibt, der auch die kommunale Erwachsenenbildung (*Komvux*), im Rahmen derer man die für einen Abschluss fehlenden Kurse nachholen bzw. auch Resultate nachbessern kann, ohne jede Form von Abschluss verlässt: Auf jeden vierten männlichen und jeden fünften weiblichen Schüler trifft dies zu.

Ab 2010 soll die bisher bestehende Gymnasialstufe umstrukturiert werden, wodurch man eine deutlichere Trennung in einen hochschulvorbereitenden und einen berufsvorbereitenden Bereich schaffen will. Die von der Allianzregierung angestrebte Reform des Berufsbildungssystems beruft sich dabei ausdrücklich auf das deutsche duale System als Vorbild. Zurzeit befindet sich die Regierung aber noch in der konzeptionellen Phase, so dass konkrete Vorschläge von den eingesetzten Fachkommissionen nicht vor Frühjahr 2008 zu erwarten sind. Der bisherige Anspruch, dass jeder Schüler unabhängig von seinem belegten Programm mit Abschluss der Gymnasialstufe die offizielle Hochschulreife erreicht, dürfte dann wohl entfallen. Weiterhin zeichnet sich ab, dass die bisherige Durchlässigkeit im System zugunsten einer Stärkung und Verbesserung der berufspraktischen Ausbildung reduziert wird. Dies wird auch daran deutlich, dass die Korrigierbarkeit des am Gymnasium erworbenen Abschlusses durch nachholende Kurse in der Erwachsenenbildung (*Komvux*) abgeschafft werden soll. Die massive Streichung der staatlichen Fördermittel für diesen Bereich unterstreicht dies.

³ Skolverkets lägesbedömning 2007.

Förskoleverksamhet, skolbarnsomsorg, skola och vuxenutbildning. Veröffentlicht am 29. Oktober 2007 (Dnr 2007:1033). Aus diesem Bericht stammen, sofern nicht anders angegeben, alle Zahlen in diesem Beitrag.

Schulbildung durch private Träger

Ein zweites Problemfeld in der gegenwärtigen schwedischen Bildungs-politik wird von der Kontroverse um die private oder öffentliche Trägerschaft der Schulen markiert. Die seit einem Jahr amtierende Mitte-Rechts-Regierung greift dabei verstärkt auf ein 1992 von der ebenfalls konservativen Regierung Bildt verabschiedetes Gesetz zur Regelung von nicht staatlichen Schulen zurück, um ihrer Präferenz für Schulen in privater Trägerschaft Nachdruck zu verleihen. Darin wurde die Möglichkeit geschaffen, eine privat organisierte Schule beim schwedischen Staat anzumelden und, sofern die Schule den gesetzlichen Vorgaben entspricht, für jeden Schüler den gleichen finanziellen Betrag aus dem Staatsbudget zu erhalten wie eine staatliche Schule. Der ursprüngliche Gedanke bei der Einrichtung von Schulen in privater Trägerschaft war, innovativen Schulformen und engagierten Lehrerkollegien die Möglichkeit zu geben, Schule sowohl pädagogisch als auch wirtschaftlich effizienter zu betreiben. Damit sollte auch ein gewisser Leistungsdruck auf die staatlichen Schulen erzeugt werden. Für diese Form der *freistehende Schule* hat sich der Sammelbegriff *Freischule* („friskola“) durchgesetzt.

Seit dem Antritt der neuen Allianzregierung erlebt diese Schulform einen wahren Boom. Der Grund hierfür dürfte darin zu suchen sein, dass die Verantwortlichkeit für Schulen inklusive ihrer Finanzierung seit der Kommunalisierung von 1990 auf Seiten der Kommunen liegt. Die Zulassung und Registrierung aber erfolgt weiterhin auf der nationalen Ebene. Aus diesem Grund kann die nationale Regierung die Entstehung von Freischulen massiv fördern. Diese Entwicklung stößt auf breite Kritik, weil sie im Prinzip einer Privatisierung des Bildungssektors Vorschub leistet, ohne hierfür klare Regeln vorzugeben. Gegenwärtig stellt sich die Situation so dar, dass das Gros der Freischulen in den Ballungszentren Stockholm, Göteborg und Malmö zu verzeichnen ist und dort dem einheitlichem Bildungssystem sukzessive die Grundlage zu entziehen droht. 2006/2007 gingen zwar insgesamt 92% der Grundschüler auf kommunale

Schulen, gleichzeitig besuchte aber in den Ballungszentren der drei Großstädte schon jeder siebte Grundschüler eine freistehende Schule, womit der Anteil der freien Schulen den höchsten bisher gemessenen an der Gesamtzahl der Schüler erreicht. Die Kommunen können dem wenig entgegensetzen, weil sie keinen Einfluss auf die Schulplanung hinsichtlich der Zulassung neuer Schulen haben. Praktisch bedeutet dies:

- dass es bereits jetzt in einigen Gemeinden bzw. Stadtvierteln großer Städte mehr Plätze an Schulen als Schüler gibt,
- dass sich ein Trend hin zu Schulen in den ‚besseren Vierteln‘ der Städte ergibt, was die soziale Segregation fördert,
- dass die kommunalen Schulen mit denen in privater Trägerschaft konkurrieren müssen. Das führte in einigen Fällen bereits zu sozialer Ghettoisierung und zum Qualitätsverlust an kommunalen Schulen.

Auf das Beispiel Stockholm bezogen bedeutet die gegenwärtige Lage, dass ca. 10 000 neue Plätze auf Gymnasialniveau entstehen würden, wenn alle gestellten Anträge auf Freischulen bewilligt würden. Und das, obwohl die Prognose für die Schülerzahl in der Stadt rückläufig ist.

Darüber hinaus wird bemängelt, dass die privaten Freischulen inzwischen vielerorts – staatlich subventioniert - Profit erwirtschaften, während das unternehmerische Risiko sich in engen Grenzen hält, weil die jeweilige Kommune per Gesetz verpflichtet ist, eine Grundsicherung für die ansässigen Schüler zu gewährleisten.

In diesem Zusammenhang schlug der Verkauf des Tibble Gymnasiums in Täby, einer Gemeinde im Großraum Stockholm, hohe Wellen. Dort hatte eine konservative Stadtregierung wohl aus Demonstrationsgründen die, äußerst erfolgreiche lokale Schule mitsamt ihrer Infrastruktur und einem Umsatz von mehreren Millionen Kronen gegen den Willen von Lehrern und Schülern zu einem geringen Preis an die

Direktorin verkauft⁴, ohne dass es eine Ausschreibung gegeben hatte.

Daneben gerieten auch religiös orientierte private Schulträger in die Kritik, da es an Kontrollinstanzen für ihren Arbeitsalltag mangelte.

Inzwischen wird generell Unmut darüber laut, dass gewinnorientierte Unternehmen die Freischulen als Geschäftsfeld entdecken konnten. Da die Einnahmeseite fix ist und die Schulen verpflichtet sind, gewisse Kernleistungen dem Lehrplan entsprechend zu erbringen, bestehen die Möglichkeiten für Freischulen Geld zu verdienen darin, an Leistungen zu sparen, die staatlich betriebene Schulen noch erbringen. Dies kann z.B. das Auslagern von kostenintensiven Angeboten wie naturwissenschaftlicher Laborunterricht sein, der stattdessen zum Beispiel in Blockseminaren in angemieteten Privatlabors von Firmen stattfindet. Aber auch Fixkosten für die Schulkrankenschwester, den Schulkurator oder die Ausstattung von Einrichtungen wie Cafeteria oder Bibliothek können dem Rotstift zum Opfer fallen. Durch die schwedische Presse ging ein Fall, in dem ein Schuldirektor gleichzeitig auch als Hausmeister angestellt war. Auch kann man als Trend festhalten, dass die Bezahlung der Lehrkräfte bei Frei- und Kommunalen Schulen zwar auf gleichem Niveau liegt, die durchschnittlichen Wochenunterrichtsstunden für die Lehrer in den Freischulen aber höher liegen. Darüber hinaus zeigen sich in der Anzahl der Lehrer, die auf 100 Schüler kommen, Unterschiede zwischen freien Privat- und kommunal betriebenen Schulen. Auf letztere kamen im Schuljahr 2005/2006 in der Grundschule im Schnitt 7,5 Lehrer während erstere nur 8,4 Pädagogen aufzuweisen hatten.

Die Professionalisierung der Lehrerausbildung

In die Kritik geraten ist inzwischen auch das Qualifikationsniveau und –profil der Lehrerschaft. Die Schulbehörde, *skolverket*, bemängelte dies in ihrer Bestandsaufnahme für das Jahr 2006/2007. Im Schnitt hat jeder vierte Gymnasiallehrer (28,4%)

und jeder sechste Grundschullehrer (15,8%) keinen pädagogischen Abschluss.⁵ Es herrsche mithin ein akuter Mangel an qualifizierten Lehrkräften, der sich vor allem in den berufsbildenden Zweigen der Gymnasien niederschlägt. *Skolverket* sagt voraus, dass zur Deckung des Bedarfs bei den berufsbildenden Zweigen im Zeitraum bis 2011 jährlich ca. 800 Fachlehrer ausgebildet werden müssten. Die Zahl der Staatsexamen in diesem Bereich lag im Jahr 2006 jedoch nur bei knapp 200. Vor allem in den Freischulen arbeitet ein großer Teil der Lehrer, die keinen pädagogischen Abschluss in der Lehrerausbildung vorzuweisen haben. Hier liegt der Anteil laut *skolverket* bei den Gymnasiallehrern bei 49% und bei den Grundschullehrern bei 34,7%. In den kommunal betriebenen Schulen liegt dieser Anteil mit 22% bzw. 14,3% erheblich niedriger. Ob und wie sich dieser Mangel an Qualifikation in der Lehrerschaft auch in der Leistungsbilanz der Schulformen niederschlagen wird, bleibt abzuwarten.

Zunehmende soziale Segregation

Sichtbar zu Tage treten in Schweden zunehmende Probleme auf dem Feld der sozialen Segregation, die somit auch Schwedens im Ausland oft bewundertes egalitäres Ausbildungssystem erreicht hat. Zwar besteht kein an ethnischen Linien orientiertes Schulproblem wie in Deutschland, wo Schüler mit Migrationshintergrund im Durchschnitt deutlich schlechtere Zukunftschancen als ihre Mitschüler haben. Aber auch in Schweden fällt ein wachsender Anteil der Schülerschaft aus dem allgemeinen Bildungssystem heraus. Allerdings ist es hier vielmehr der Faktor der sozialen Segregation, der die unterschiedlichen Zukunftsaussichten bestimmt. Mancherorts verlässt beinahe jeder zweite

⁴ Gezahlt wurde lediglich für die Immobilie und das Inventar.

⁵ Findet eine Schule in einem Fach keinen qualifizierten Bewerber, so kann sie stattdessen eine Person mit Kenntnissen des Schulfaches für einen befristeten Zeitraum (maximal ein Schuljahr) anstellen. Dieser Quereinsteiger benötigen keinerlei pädagogische Grundbildung und es ist anschließend möglich, einen auslaufenden Vertrag zu erneuern, sofern oben genannte Bedingungen weiterhin erfüllt sind.

Schüler unabhängig von seinem ethnischen Hintergrund die Schule ohne Abschluss. Untersuchungen haben gezeigt, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund bei schulischen berufsausbildenden Programmen zwar deutlich unterrepräsentiert sind, auf der anderen Seite aber überdurchschnittlich häufig in theoretisch ausgerichteten Bildungszweigen und in Post-Sekundar-schulprogrammen vertreten sind. Dieser Befund spricht für die Heterogenität dieser Gruppe, deren Unterschiede sich nicht ethnisch, sondern sozial ableiten. Dies zeigt sich auch daran, dass im Schuljahr 2005/2006 in den Abschlussprüfungen nach der neunten Klasse die durchschnittliche Punktzahl der Mädchen mit Migrationshintergrund wie schon im Schuljahr 1998/1999 etwas höher lag als die der Jungen mit rein schwedischem Elternhaus! Dennoch bleibt festzuhalten, dass das Risiko, dass ein(e) Schüler(in) in der Gymnasialstufe die Ausbildung abbricht für Schüler mit Migrationshintergrund doppelt so hoch liegt wie bei den schwedischen Mitschülern. Gerade vor diesem Hintergrund scheint es problematisch, die soziale Segregation durch die Einrichtung von freistehenden Schulen weiter zu beschleunigen. Die Konkurrenz der Freischulen in den Ballungszentren schwächt genau die kommunalen Schulen, die bereits zuvor von Kindern aus sozial schwachen oder ausländischen Elternhäusern dominiert wurden. Hinsichtlich dieser Entwicklung wird die gegenwärtige Regierung kurz- bis mittelfristig nicht um konkrete Regelungen herumkommen, will man nicht einen gewissen Anteil der Schülerschaft verlieren.

Andererseits trifft weiterhin zu, dass Schule ein wichtiger Bestandteil von erfolgreicher Integration und Schweden hier durchaus erfolgreich ist. Im Jahr 2004/2005 hatten 16% der Studienanfänger im Land einen Migrationshintergrund.⁶ In Deutschland liegt deren Anteil hingegen laut Deutschem Studentenwerk bei nur 8%, wovon 43% im deutschen System ausgebildet worden sind. Dies spricht für eine erfolgreichere Integration ins Bildungssystem in Schweden. Dennoch treten ähnliche Probleme auf wie in Deutsch-

land. Es gab auch in Schweden analog zum Fall der Berliner Rütli-Schule Anfang des Jahres eine kurzfristige Schulschließung durch den Direktor der Gustav-Adolfsskolan in Landskrona, wo der Anteil an nicht-schwedischen Schülern bei knapp der Hälfte liegt. Der Direktor hatte dort nach einem Zwischenfall mit Feuerwerkskörpern, dem eine Reihe von Gewalttaten und Drohungen vorausgegangen waren, die Schule kurzfristig geschlossen und eine Versetzung von Problemschülern durchgesetzt. Vor allem die neue Regelung, dass Schwedisch von nun an einzige Schulsprache sein sollte, wurde landesweit diskutiert. Dies illustriert anschaulich, dass die sprachliche Integration in Schweden nicht immer wie gewünscht gelingt. Laut einer Statistik von *skolverket* erreichten im Schuljahr 2006/2007 nur 4,7% der gesamten Schülerschaft im Kernfach Schwedisch nicht das Lernziel. Im Fach Schwedisch als Zweitsprache, das Kinder mit Migrationshintergrund anstelle von Schwedisch wählen können, waren es hingegen 21,9%.

Reformbedarf: Und die Politik zögert

Die Allianzregierung hatte die Bildungspolitik im Wahlkampf zu ihren Gunsten thematisieren können. Seit ihrem Regierungsantritt ist jedoch noch keine klare neue Linie in der Schulpolitik erkennbar. Dabei liegen die Reformbereiche auf der Hand: Es sind die vier Themen Segregation, private Schulträgerschaft, Berufsbildung und Lehrerausbildung.

Vor allem die letzten beiden Punkte können als politisches Erbe betrachtet werden. Im Wahlkampf war deutlich geworden, dass auch unter den Gewerkschaftsanhängern von TCO und LO eine Mehrheit entsprechende Reformen im Schulsektor für unabdingbar hielt. So wurde z.B. die Überbetonung der akademischen Ausbildung durch die Sozialdemokraten innerhalb der eigenen Anhängerschaft kritisch wahrgenommen. Gegenwärtig ist es aber weder den regierenden konservativen Parteien noch der Sozialdemokratie gelungen, aus diesen Erkenntnissen ein stringentes Handlungsprogramm abzuleiten. Bisher beschränkte sich die Regierung in der Berufs- und Lehrerausbildung auf das Ein-

⁶ Högskolverket, UF 19 SM 0601.

setzen von Kommissionen sowie kleineren Anpassungen und Korrekturen, deren Erfolg noch abzuwarten bleibt.

In den Teilbereichen der Segregation und Schulträgerschaft sieht es eher so aus als würde die Regierung Reinfeldt die Probleme noch verschärfen. Inzwischen fordert die Opposition gestützt von der öffentlichen Meinung ihrerseits klarere Regeln für die Freischulen. Als der Ruf in den Medien nach eindeutigeren Vorgaben immer lauter wurde, ruderte Schulminister Jan Björklund zumindest teilweise zurück und stellte einen strengeren Maßnahmenkatalog mit besseren Kontrollmöglichkeiten vor. Dieser gilt allerdings nur für Freischulen, die von religiösen Trägern betrieben werden. Damit hatte man sich einen besonders umstrittenen Teilaspekt des Freischulsystems herausgesucht, an dem ein Exempel statuiert werden konnte. Darüber hinaus traten Regulierungsprobleme vor allem bereits beim Übergang der Schüler von der Grundschule zum privaten Gymnasium auf. Einige Schulen warben mit Lockangeboten wie die Übernahme von den Kosten der Führerscheinausbildung, Reisen, Mitgliedsausweise für Sportstudios oder auch Laptops um Schüler. Hier einigten sich inzwischen die zuständigen Dachorganisationen auf einen Selbstverpflichtungskatalog zur Eindämmung solcher Praktiken, dessen Umsetzung Schulminister Jan Björklund im Notfall per Gesetz garantieren will.⁷

Zusammenfassend kann man sagen, dass Schweden und Deutschland beim Wandel zur Wissensgesellschaft vor ähnlichen Herausforderungen stehen. Sie starten aber von sehr gegensätzlichen Ausgangspositionen. Schweden hat ganz im Gegensatz zu Deutschland kein Problem mit der Durchlässigkeit des Bildungssystems. Ein Problem mit der Mitnahme aller Schüler besteht allerdings auch hier, wobei dies weniger ethnisch, als viel mehr durch soziale Segregation bedingt ist. Darüber hinaus zeigen die Schwierigkeiten mit der Qualität der Lehrerbildung sowie die Auseinandersetzungen um Leistungs-kontrollen und die Zukunft der beruflichen Bildung, dass die Sozialdemo-

kratie in Schweden aufgrund ihrer - durchaus erfolgreichen - auf akademische Ausbildung ausgerichteten Schulpolitik den berufspraktischen Bildungsweg aus den Augen verloren hatte. Die Schulpolitik der gegenwärtigen Regierung lässt sich zurzeit noch nicht abschließend beurteilen. Sieht man einmal von einem begrenzten Neuanfang in der Berufsbildung ab, der sich am deutschen dualen System orientiert, vermittelt sie bisher eher den Eindruck eines Kurierens an Symptomen als eines offensiven Herangehens an die strukturellen Herausforderungen. Vor allem die de facto Privatisierung der Bildung durch die Freischulen erscheint problematisch. Es bedarf verbindlicher Regelungen, welche die privaten Träger dazu zwingen, das Wohl und die Bildung der Schüler über wirtschaftliche Eigeninteressen zu stellen.

Im internationalen Vergleich werden Schwedens Schüler derweil - wie die PISA Ergebnisse zeigen - nicht unbedingt schlechter, aber eben auch nicht besser. Und im Vergleich zu anderen Ländern verlieren sie an Boden. Der Schulpolitik des Landes scheint das Innovationsmoment verloren gegangen zu sein, was den schwedischen Sozialstaat in so vielen anderen Bereichen über die Jahre hinweg ausgezeichnet hat.

⁷ Oseriös skolreklam stoppas, in SvD, 24.10.

